

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Neue Besetzungen.

Limburg a. d. L. Höchster Farbwerke. Badische Anilin- und Sodafabrik.

Limburg a. d. L., 15. Mai. (TL.) Die Franzosen haben heute früh zwischen 3 und 4 Uhr den Bahnhof Limburg a. d. L. besetzt; insgesamt sollen 2 oder 3 Kompanien eingedrückt sein. Die Sperrmaßnahmen der Franzosen sind sehr streng. Gegenwärtig finden umfangreiche Hausdurchsuchungen statt. Die Reichsbahnverwaltung hat einen Pendelverkehr zwischen Etschhofen und Camberg und zwischen Etschhofen und Weilburg an der Lahn eingestellt.

Ludwigshafen, 15. Mai. (WLB.) Heute früh um 5 Uhr ist die Badische Anilin- und Sodafabrik von den Franzosen besetzt worden. Den Arbeitern wird der Zutritt zur Fabrik verweigert. Die Angestellten der Nachtschicht dürfen das Werk verlassen, in dem jezt ein ganzes Regiment liegt. Auch das Straßenbahndepot ist besetzt. Der Verkehr ist unbehindert.

Auch die Höchster Farbwerke.

Höchst a. M., 15. Mai. (WLB.) Die Höchster Farbwerke sind heute Nacht von den Franzosen besetzt worden.

Ludwigshafen, 15. Mai. (WLB.) Ueber die militärische Besetzung der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird noch folgendes gemeldet:

Heute früh gegen 4 Uhr wurde französische Kavallerie in der Nähe des am Rhein gelegenen Bezirksamtsgebäudes bereitgestellt, um 1/8 Uhr wurden der Oberbürgermeister sowie die Spitzen der Stadtverwaltung und der Bezirkskommandant benachrichtigt, daß sie sich um 7 Uhr morgens bei den französischen Bezirksdelegierten einzufinden hätten. Dort wurde ihnen von dem französischen Bezirksdelegierten Mitteilung über die Besetzung und ihren Zweck gemacht. Die Arbeiter der Morgenschicht, die sich um 8 Uhr vormittags zur Arbeit begeben wollten, da sie von der Besetzung keine Kenntnis hatten, und die sich, als ihnen der Zutritt zur Fabrik verweigert wurde, in Truppen in der Nähe der Fabrik ansammelten, wurden von berittenen Spahis mit gezogenen Säbeln auseinandergetrieben. Spahis und französische Gendarmen zerstreuten jede Menschenansammlung in den Seitenstraßen. Die Aufregung in der Bevölkerung und besonders in der Arbeiterklasse über die Besetzung ist sehr groß. Zu Zwischenfällen ist es bisher noch nicht gekommen. Um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, hatte die französische Besatzungsbehörde Maßnahmen getroffen. Der Land- und Straßenbahnverkehr im Stadtteil Nord in Ludwigshafen mußte in der Zeit von 5 bis 8 Uhr eingestellt werden, ebenso war der gesamte Verkehr im Stadtteil von 5 bis 8 Uhr verboten. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik war von der Besetzung vorher nicht benachrichtigt worden. Es ist ihr bisher

noch keine offizielle Mitteilung der Besatzungsbehörde zugegangen. Die vorhergehende Besetzung des Werkes macht die heutige Gehaltsauszahlung unmöglich.

Da von den gesamten Betrieben der Badischen Anilin- und Sodafabrik sowohl dem Ludwigshafener und dem alten Werk und dem Werk Oppau wegen der durch die französische Rheingrenzlinie hervorgerufenen Ausfuhrsperrung im rechtsrheinischen Gebiet und dem Zustand seit vier Monaten fast nur auf Lager gearbeitet werden konnte, sind die Vorräte in Rohstoffen und Stückstoffen in den Silos der Betriebe sehr groß. Es handelt sich um Millardennwerte.

### Belagerungszustand über Lennepe.

Ebersfeld, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ueber Lennepe ist ab 15. Mai bis 15. Juni durch den französischen Oberst de Reals der Belagerungszustand verhängt. Eine in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag stattgefundene Schießerei am Bahnhof Lennepe ist Ursache dieser Maßnahme. Sechzehn Schuß, anscheinend aus einer Maschinenpistole gefeuert, fielen gegen das Bahnhofgebäude. In der Schußweite liegt der Raum, in dem die französische Hauptwache und die französischen Wachoffiziere untergebracht sind. Ohne irgendeine nähere Untersuchung von französischer Seite über den Grund der Schießerei verhängte der französische Oberst den Ausnahmezustand und droht, falls binnen vier Tagen die Täter nicht ermittelt werden, den Bürgermeister von Lennepe zu verhaften und der Stadt eine Geldbuße aufzuerlegen.

Wie verhält sich nun aber die Sache? Am Sonnabend abend durchzogen total betrunkene französische Soldaten die Straßen, und in den Abendstunden wurde es besonders schlimm. Die Bevölkerung wurde von einer berechtigten Unruhe befallen, weil man große Ausschreitungen der französischen Soldateska befürchtete. Daß das Verhältnis zwischen einzelnen Offizieren und Mannschaften, hauptsächlich Reservisten, kein besonders gutes ist, ist nur zu gut bekannt. An diesem Tage wurden auch etwa 40 französische Soldaten abgelöst und fuhr am Sonntag zurück in ihre Heimat. In der Nacht erfolgte die Schießerei auf das Quartier der Offiziere.

Wie nun aber einmündig durch die deutsche Behörde festgestellt ist, ist mit französischer Munition geschossen worden. Die am Tage darauf gefundenen Projektile sind Geschosse der französischen Armee. Das am Boden des Geschosses angebrachte Fabrikzeichen zeigt die französische Fabrikmarke.

Aber alles das genügt dem keinen französischen Oberst mit dem marialischen Schnurbart nicht. Er muß die deutsche Bevölkerung die Kräfte der „Grande Nation“ fühlen lassen. Das ist Poincarésche Politik.

### Protest gegen die Schweizer Mordtat.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz veröffentlicht eine Rundgebung zur Ermordung Borowskis, in der es u. a. heißt:

Nach den ersten Darstellungen erscheint das Attentat als indoluelle Handlung eines einzelnen, der sich durch ein verbrecherisches Mittel für in Sowjetrußland angeblich erlittene Unbill rächen wollte. Die weiteren Feststellungen werden ergeben, ob diese Annahme zutrifft, oder ob die russischen Vertreter nicht vielmehr das Opfer eines gegen Sowjetrußland gerichteten terroristischen Unternehmens geworden sind.

Wie dem auch sei, so steht das eine fest: daß es die schweizerischen Behörden am erforderlichen Schutz der russischen Delegation an der Lausanner Friedenskonferenz haben lassen. Während die Vertreter anderer Staaten eines weitgehenden Schutzes von Seiten der schweizerischen Behörden genießen, kümmerte man sich um die Sicherheit des Lebens der russischen Delegation in keiner Weise, trotzdem auf dem heissen Boden der Konferenzstadt schon das drohende Gebaren der sogenannten Nationalen Liga, dieser falschlichen Nachahmung, zur äußersten Vorsicht hätte mahnen müssen.

Gegen ein solches Verfahren erheben wir lauten Protest. Höher als politische Erwägungen steht uns der Schutz des Menschenlebens, und wo Gefahr vorhanden ist, ist dieser Schutz auch dann zu gewähren, wenn man mit den durch die gefährdeten Personen vertretenen politischen Anschauungen nicht einverstanden ist.

Es läßt sich zur Stunde nicht übersehen, welche Folgen das ruchlose Attentat für die in Rußland lebenden Schweizer haben wird. Sollten aber die bereits aufgetauchten Befürchtungen zutreffen, daß Repressalien ergriffen oder die in Rußland anwesenden Schweizer ebenso schuldig tückischen Ueberfällen preisgegeben würden, wie das mit den Mitgliedern der russischen Delegation in der Schweiz geschah, so sei schon heute festgestellt, daß die volle Verantwortung dafür jenen Landesbehörden der Schweiz zufällt, die sich so leichtfertig über die elementarsten Pflichten hinweggesetzt haben.

Die Nachteile des Zweikammerystems zeigen sich jetzt in Spanien. Dort hat nun nach den Neuwahlen zwar das Abgeordnetenhaus, nicht aber der Senat eine Mehrheit für die Regierung.

### Devisenrückgang.

Der Rückgang der Devisenkurse setzte heute im offiziellen Verkehr noch weiter fort. Die Reichsbank nahm einige Abgaben vor, offenbar in der Absicht, um auf die Gestaltung der Warenpreise beruhigend zu wirken und damit die jetzt in allen Gewerben in Gang befindlichen Lohnverhandlungen zu beeinflussen. Dollarnoten wurden in der ersten Börsensunde mit 42 100 bis 42 150 gehandelt. Etwas regeres Interesse zeigte sich für Polennoten zum Kurse von 87. Im Effektenverkehr herrschte wesentlich schwächere Tendenz, da die Spekulation mit Rückblick auf die angeblich zu erwartenden Kreditbeschränkungen und die bevorstehende Pfingstpause die Engagements nach Möglichkeit abbaut. Lediglich für Montanwerte bestand nach wie vor rege Nachfrage.

### Waffenstillstand in der KPD.

Moskaus salomonisches Urteil.

Die Wortführer der Zentrale und der Opposition der KPD. sind von Moskau, wohin sie zur Beilegung ihres häuslichen Streits geladen waren, zurückgekehrt und unterbreiten in der „Roten Fahne“ ihrer Mitgliedschaft Sinowjews und Rabeks salomonisches Urteil, das vom Zentralausschuß der KPD. zweifellos bei seiner in diesen Tagen stattfindenden Sitzung bestätigt werden wird. Die Einstimmigkeit der Annahme, von der die „Rote Fahne“ spricht, ist, wie gewöhnlich in solchen Fällen, nur die Verschleierung eines weiter bestehenden und auch durch diese Verhandlungen nicht beileigenden Risses, der vorübergehend zurücktreten wird, um sich bei der nächsten Gelegenheit um so intensiver bemerkbar zu machen.

Der Text solcher Abmachungen ist nicht dazu da, um der Mitgliedschaft klar zu sagen, wie die getroffene Entscheidung zu verstehen ist. Zum Teil wird sich das erst in der Praxis der nächsten Entscheidungen zeigen, auf die sich Moskau offenbar durch die Delegation Rabeks einen unmittelbaren Einfluß vorbehalten hat, um allzu große „Dummheiten“ bei den deutschen Kommunisten zu vermeiden. Soweit der Text der Vereinbarungen schließen läßt, sind der Opposition, die Heinrich Brandler noch nach dem Skandal in Essen „hinauswerfen“ wollte, bedeutende Zugeständnisse gemacht worden. Die von den Berlinern immer wieder erhobene Forderung nach einer besonderen Berliner Beilage der „Roten Fahne“ ist zwar abgelehnt, kehrt aber in der Bewilligung einer zweimal monatlich erscheinenden Beilage, in der „aus neue auftauchende Fragen für die ganze Partei“ behandelt werden sollen, wieder. Die Zentrale soll durch weitere vier Vertreter der Opposition auf der bevorstehenden Zentralausschussung verstärkt werden. Da man kaum Ruth Fischer und Maslow wählen wird, so ist darin vielleicht der schon bei den letzten Einigungsverhandlungen zutage getretene Versuch zu erblicken, die Opposition durch „Heranziehen zu verantwortlicher Arbeit“ in eine radikale und eine „gesunde“ Opposition zu spalten. Die Abhaltung eines Parteitages wird von der Exekutive ausdrücklich verboten und auch in Zukunft die Anberaumung eines Parteitages von der Genehmigung Moskaus abhängig gemacht, da Moskau von einem Parteitag nicht mit Unrecht eine Vertiefung der Parteidifferenzen befürchtet.

Politisch wird der Zentrale zwar ihre „revolutionäre proletarische Führung“ bescheinigt, gleichzeitig aber eine Reihe von „Abweichungen“ nach Richtung des gefährlichen Opportunismus festgenagelt. Charakteristisch für die vollkommene Hilflosigkeit des Kommunismus gegenüber den theoretischen und praktischen Problemen der europäischen Arbeiterbewegung ist dabei der Eieranz, der aufgeführt wird, um sich um eine klare Stellungnahme zum Staat herumzubringen. Die Phrase vom „Zerbrechen des Staatsapparates“ wird gegenüber einigen verdächtigen Formulierungen der Zentrale zum fälschlichen Problem erneut unterstrichen, aber in einer Form, daß sich dabei jeder denken kann, was er will. Es heißt von der Arbeiterregierung:

„Sogar für den Fall, daß sie dieselben Formen benützt wie der bürgerliche Staat — Polizei und Reichswehr —, wird es nicht die jetzige Schupo und Reichswehr in der augenblicklichen Zusammenfassung und Führung sein können.“

Zu solchen Formulierungen, die dehnbar sind wie Kautskus, muß die Exekutive greifen, weil sie sich außerstande fühlt, für die eine oder andere Seite entscheidend Partei zu ergreifen. Scheinbare Herrin der deutschen Partei durch die Beherrschung der materiellen Unterstützung und als Trägerin des russischen Nimbus, weiß sie doch genau, daß eine neue Spaltung der deutschen Kommunisten ihren in Westeuropa zusammengeschumpften Ansehen bei den Arbeitermassen den Todesstoß geben würde. So geht sie den Weg des Bertuschens und Verkleisterns, der auch für die Kommunisten auf die Dauer zur Unmöglichkeit werden wird.

Interessant ist an dem langen Dokument noch das offene Bekenntnis zur nationallistischen Hege. Nachdem auseinandergesetzt ist, daß die deutsche Bourgeoisie sich der Entente nur noch unterwerfen könne, heißt es dann:

„Deshalb müssen die von ihr entfesselten nationalen und nationallistischen Stimmungen sich letzten Endes gegen sie wenden.“

Und deshalb ist es etwa nicht Aufgabe der Kommunisten, von vornherein sich mit der gesamten Arbeiterschaft gegen diese nationallistischen Stimmungen zu wenden, die zur Ausichtslosigkeit verurteilt sind, nein, nach kommunistischem Rezept müssen umgekehrt die Kommunisten den „kleinbürgerlichen usw. Massen“ zeigen, daß „nur die Arbeiterklasse, nachdem sie gesiegt hat, in stande sein wird, den deutschen Boden, die Schätze der deutschen Kultur und die Zukunft der deutschen Nation zu verteidigen“.

In gutes und verständliches Deutsch übertragen, ist das ziemlich dasselbe, was die Hitler- und Bülle-Leute auch sagen. Die „Novemberverbrecher“, die ja doch „zu schlapp und zu feige“ sind, einen wirklichen Kampf für Deutschlands Erneuerung zu führen, sie müssen zunächst beiseite gerückt werden, und nach dem Siege über sie wird man die deutsche Nation, der eine faschistisch, der andere kommunistisch, „herrlichen Zeiten entgegenführen“. Die „Rote Fahne“ wird verstehen, wenn wir für diese angenehme Perspektive ergebenst danken.

### Marksturz ist Stinnes-Trumpf.

Paris, 15. Mai. (E.E.) Aus London wird der hiesigen „Chicago Tribune“ gemeldet: Bestern fand eine Sitzung der Vertreter aller großen Weltfahrtslinien in London statt. Hugo Stinnes nahm an ihr in etwas dramatischer Weise teil. Die Konferenz habe seine Teilnahme nicht gewünscht, er habe aber erklärt, daß er zu sprechen wünsche, weil er eine große Hamburg-Amerika-Gesellschaft vertritt. Unter den Delegierten herrschte einige Aufregung, und man wollte Stinnes nicht zulassen. Stinnes erklärte aber, falls man ihn ausschließe, werde er bei dem gegenwärtigen Stand der deutschen Wäute sowie den niedrigen deutschen Arbeiterlöhnen keine Schiffe zu niedrigeren Preisen fahren lassen können als andere Gesellschaften. Eine erregte Erörterung folgte. Schließlich habe man Stinnes die Teilnahme gestatten müssen. Stinnes habe dann lebhaften Anteil an den Erörterungen genommen. Am Schluß der Sitzung schüttelte er allen französischen Delegierten die Hand und sagte: „Auf Wiedersehen; ich hoffe, Sie auf der nächsten Tagung in Hamburg zu sehen“.

### Der englisch-russische Konflikt.

London, 15. Mai. (WLB.) Die Presse befaßt sich eingehend mit der russischen Antwortnote. Der heutigen Debatte im Unterhaus über die russische Frage wird mit großem Interesse entgegengekehrt. „Daily Chronicle“, der in der russischen Antwort Anzeichen eines vorläufigen Beifalles sieht, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die britische Regierung die durch die russische Note gebotene Gelegenheit, aus dem Zustande des Ultimatus herauszutreten, benutzen werde. „Daily News“ meint, die russische Antwortnote spreche die Sprache des Friedens und gebe dem Kabinett eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ultimatum ohne Verlust an Würde auszulösen. Wenn Lord Curzon und die übrigen Extremisten im Kabinett nicht einzuwilligen seien, koste es was es wolle, die Beziehungen abzubringen, so könne man nicht einsehen, wie dieses Angebot abgelehnt werden könne. Das russische Angebot scheint eine ausgezeichnete Gelegenheit zu bieten, um die englisch-russischen Beziehungen auf eine vollkommen neue Grundlage zu stellen. „Daily News“ bezweifelt, daß die britische Regierung bereit ist, die Verantwortung für eine glatte Abklärung zu übernehmen. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, die russische Note sei genügend geschickt entworfen, um den größten Teil der Verantwortung für den Bruch der Beziehungen auf die britische Regierung schieben zu lassen. England werde der Weg leicht gemacht, eine Regelung zu vereinbaren, wenn es wirklich eine Regelung wüßte. „Times“ schreibt dagegen, es bestehe jeder Grund zu der Annahme, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland sich in jeder Hinsicht bessern würden, wenn der augenblickliche Streit mit der Sowjetregierung in einem Bruch ende. Der Handel würde dadurch am allerwenigsten leiden. Die russische Note sei eine Erwiderung, die keine britische Regierung als befriedigend ansehen könne. Ein Bruch werde eine Erleichterung sein. „Daily Telegraph“ schreibt, es müsse zugegeben werden, daß die Moskauer Note in der ausgesprochensten Weise von den meisten der von dieser Seite eingegangenen Mitteilungen abweiche. Es sei klar, daß die Aussicht auf eine Unterbrechung der offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen in Moskau mit Bestürzung angesehen werde.



Wenn es noch eines Beweises für die vollständige Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von den wachsenden Bedürfnissen der russischen Außenpolitik bedürft hätte, dann genügt es, auf den heute in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Aufruf gegen einen angeblich in Aussicht stehenden „neuen Weltkrieg“ hinzuweisen. Jeder deutsche Arbeiter begreift, daß Deutschland, um zu einer Lösung der Reparationsfrage zu kommen, den von England angesprochenen Forderungen nachzugeben und auf die englische Antwortnote in einem Sinne eingehen muß, der eine Weiterführung der Verhandlungen bis zur Begleichung der Differenzen ermöglicht. Insbesondere weiß doch jeder Arbeiter, daß das deutsche Kapital endlich zur Anerkennung seiner Zahlungspflicht gezwungen werden muß. Die russische Außenpolitik weiß es besser. Sie sieht in England den gefährlicheren Feind. Deswegen soll Deutschland und der deutsche Arbeiter Vorpostendienste leisten, er soll von der Auseinandersetzung mit dem französischen Militarismus, der die Ruhr besetzt hat, abgelenkt werden, weil das die Russen weniger interessiert als ihre imperialistischen Streitigkeiten, die sie in Asien mit England ausfechten müssen. Nicht Verständigung, sondern Kampf, nicht friedliche wirtschaftliche Entwicklung, sondern Unruhe und Verwirrung ist die Parole, mit der die Bolschewiki die deutschen Arbeiter an die Seite der deutschen Reaktionsäre führen. Jawohl, „die Stunde der Entscheidung naht“, aber im anderen Sinne als der kommunistische Aufruf meint. Es naht die Stunde der Entscheidung darüber, ob es endlich gelingen wird, an Stelle des europäischen Wirrwarrs eine friedliche Verständigung, die allein den Aufstieg der Arbeiterklasse verbürgt, treten kann. Dafür und nicht für die Bedürfnisse der russischen imperialistischen Staatspolitik werden die deutschen Arbeiter sich einsetzen.

## Marshallsgerecke.

### Foch und Hindenburg.

Foch sagte am Montag in Prag:

Als wir unsere Waffen in siegreichem Sturm gegen den Rhein trugen, geschah dies für die Unabhängigkeit aller unterdrückten Nationen. Wir haben uns für die Sache der Freiheit gekämpft. Sie haben uns gezeigt, in welchem Geiste vorgegangen werden muß. Wenn der Tag kommen wird, an welchem wir noch einmal für die Freiheit kämpfen werden, werden wir dies so wie in der Vergangenheit tun und rechnen auch mit Ihnen.

Hindenburg ließ sich zugleich gegenüber amerikanischen Journalisten so vernehmen:

Wir werden Vergeltung haben, und wenn es hundert Jahre dauert, denn die Geschichte wiederholt sich. Und was ich mehr als alles in der Welt wünsche, ist, daß ich selbst noch einmal die Waffen gegen Frankreich ergreifen dürfte.

Herr Foch, der immerzu „für die Freiheit kämpft“, gewährt einen ebenso grotesken Anblick wie Herr Hindenburg, der durchaus „noch einmal die Waffen ergreifen“ will. Mögen sie, die während des Krieges in weichen Betten geschlafen haben, einmal persönlich gegeneinander mit Handgranaten losgehen, vielleicht gewöhnen sie sich nachher die dummen Reden ab.

## Prag und Hamburg.

### Die tschechische Koalitionspolitik.

Der Artikel des Genossen Il'ov „Prag und Hamburg“ in unserer Abendausgabe vom 8. Mai findet in der deutschen Parteipresse der Tschechoslowakei lebhafteste Entgegnungen. So schreibt der Reichenberger „Freiheit“:

In der Tschechoslowakei herrschen die reaktionären Parteien ohne hindernde Schranken. Sie setzen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ihren Willen durch und gewinnen unter der Koalitionsregierung, für deren Erhaltung die tschechischen Sozialdemokraten alles tun, was von ihnen verlangt wird, täglich an Macht. Seit vielen Monaten ist die sozialpolitische Gesetzgebung infolge des Einflusses der bürgerlichen Machtgruppen völlig ins

Stoßen geraten. Jedes politische Leben ist durch die Willkür der staatlichen Bureaucratie bedroht. Den Minderheitsvölkern wird das Leben im Staate immer schwerer gemacht, ihre Schulen werden gedrosselt, in einer sinnlosen Straßentafelpolitik löst sich das Bestreben der tschechoslowakischen Gewalthaber aus, die Republik zu einem tschechischen Nationalstaat zu machen. Einer solchen Politik müßte die tschechoslowakische Sozialdemokratie, wenn sie sich nur etwas an ihre Vergangenheit erinnern wollte, ein Ende machen. Aber sie schweigt zu allen Klagen der Minderheitsvölker, daß durch ihre Zugehörigkeit zur nationalen Regierungskoalition die Ungerechtigkeiten der staatlichen Behörden und macht sich so mitschuldig an der nationalistischen Vergiftung der ganzen inneren Politik. Von einer Abwehr der Vorhölle der tschechischen bürgerlichen Parteien durch die tschechoslowakische Sozialdemokratie innerhalb der Koalition ist weit und breit nichts zu hören.

Zum Schluß wird im Hinblick auf Hamburg die Hoffnung ausgesprochen, daß die tschechische Sozialdemokratie unter dem Einfluß der Internationale „endlich den Weg zurückfinden wird zu den Grundfragen des Sozialismus und der Demokratie, die sie als Angehörige der jetzigen Koalitionsregierung nahezu in allen Fragen des politischen und sozialen Lebens preisgegeben hat, um mit an der Regierung zu bleiben.“

## Die Internationale des Bürgerkrieges.

Der Kappist Oberst Bauer hält sich schon seit längerer Zeit in Oesterreich auf und verucht von hier aus die deutschösterreichischen Umsturzpläne zu fördern. Ueber seine Tätigkeit lesen wir u. a. in der „Wiener Morgenzeitung“:

„Das Zusammenspiel der völkischen Kriegsbeher in Deutschland und in Oesterreich dauert trotz aller Vertuschungen und Ablenkungen ungeschwächt fort. Es scheint, daß die Völkischen mit ihrem durch die Ruhrkrise bereits erreichten Erfolg im Auftrage des französischen Imperialismus noch nicht zufrieden sind, vielmehr durch immer neue Reizungen die Kossolierung der inneren Verhältnisse in Deutschland und die Sanierung in Oesterreich unbedingt verhindern wollen. In Wien entsendet der steirische verfolge Oberst Bauer, der, wie schon berichtet, bei dem Professor Dite in der Steiringer Hauptstraße wohnt, ganz öffentlich seine Tätigkeit zur Organisierung des Bürgerkrieges. Er hat am vergangenen Montagabend eine Besprechung des Freikorps Oberland geleitet. In dieser Versammlung wurde beschlossen, Hitler als Oberhaupt aller Terrorverbände Oesterreichs anzuerkennen. Hitler will in der nächsten Zeit nach Oesterreich kommen und öffentliche Versammlungen in Wien und in den Hauptstädten der Bundesländer abhalten. Zu Pfingsten soll eine große Kundgebung des deutschösterreichischen Wien bei Gelegenheit der Fahnenweihe der Frontkämpfer stattfinden.“

## Der „republikanische“ Hauptmann.

Vor kurzer Zeit fand in Breslau ein Beleidigungsprozess statt, in dem ein Hauptmann Fischer vom Reichswehrregiment Nr. 7 durch eidliche Zeugenaussagen der unglücklichsten Verheerung seiner Mannschaften gegen die Republik überführt wurde. Er hat es fertig gebracht, vor seiner Kompagnie nicht nur die Reichsfahne als Judenfahne zu beschimpfen, sondern auch schamlos zu erklären, daß die Reichswehr zu gegebener Zeit der „Schweinebande von sozialdemokratischer Reichsregierung“ — worunter er die Regierung Birth verstand — die „Gurgel durchschneiden“ werde. Den Rathenaurmord bezeichnete er als eine lächerliche Lappalie; von diesem „Judenjungen“ solle man nicht so viel Aufhebens machen, da man genug von dieser Art hätte. Ein Breslauer Blatt hatte diese Tatsachen seinerzeit mitgeteilt. Das Offizierkorps trat daraufhin als Kläger auf und der beklagte Redakteur wurde wegen Beleidigung zu Geldstrafe verurteilt. Dann endlich erhielt der Reichswehrminister Kenntnis von der Hege in dem Breslauer Truppenstil und suspendierte den merkwürdigen Erzieher republikanischer Soldaten vom Dienst.

Die erste Rangliste des deutschen Reichsheeres nach dem Kriege erscheint demnächst im Verlage der Buchhandlung E. S. Mittler u. Sohn.

## Memel und Litauen.

### Wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Aus Memel wird uns geschrieben:

Am Montag, den 7. Mai, wurde durch den litauischen Ministerpräsidenten Salvanuskas die Autonomie des Memelgebietes verkündet. Ueberaus kompliziert sind die durch die neue politische Konstellation geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse im Memelgebiet. Handel, Industrie und Schifffahrt stehen im Zeichen einer schweren Krise. Die industriellen Betriebe sind in letzter Zeit zu umfangreichen Arbeiterentlassungen gezwungen worden. Man zählt heute zirka 180 Erwerbslose, für die monatlich 475 Millionen Unterstützung gezahlt werden müssen. Der Abzug im Handel stößt völlig. Die Aufnahmefähigkeit des litauischen Hinterlandes ist bedeutend geringer als man angenommen hat. Eine Folge der herrschenden Kreditnot und Geldkrise ist drückende Geschäftstille und der Mangel an Unternehmungslust in den kaufmännischen Kreisen. Es wird berichtet, daß sich viele Betriebe bereits mit dem Gedanken beschäftigen, ihren Sitz von Memel zu verlegen oder aber in hohem Maße abzubauen. An dieser betrübenden Wirtschaftslage sind neben dem Marksturz und die Unsicherheit über die wirtschaftspolitische Lage die Zoll-, Verkehrs- und Geldtamitäten schuld. Nach Ansicht der memelländischen Kaufmannschaft ist der litauische Zolltarif sowohl in seinen Zollsätzen wie in seiner praktischen Handhabung durchaus ungeeignet, nicht nur für das Memelgebiet, sondern auch für Litauen selbst. Durch die Zoll- und Abzugsgebühren wird insbesondere der Arbeiterschaft eine unerträgliche Belastung auferlegt, da sie zur Verteuerung der Lebenshaltung führen müssen. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1922 ist im ersten Vierteljahr 1923 die Zahl der Frachtbriefe um 40 Proz., der Eilfrachtbriefe um 51 Proz., der Wagenladungsverkehr um 58 Proz. und der Hafenverkehr im Eingang um 34 und im Ausgang um 31,4 Proz. zurückgegangen. In ganz Litauen wurden am 1. April 1923 nur 301 Betriebe mit 4241 Arbeitern und 7695 Pferdekraften gegenüber dreimal so viel Betrieben mit mehr als viermal so vielen Arbeitern und 16 827 Pferdekraften im Memelgebiet festgestellt.

Es ist zu hoffen, daß an diesen wirtschaftlichen Tatsachen die litauische Regierung nicht vorübergeht und dem Memelgebiet die Freiheiten einräumt, die zum Gedeihen einer Industrie im Interesse des Memellandes und Litauens notwendig ist. In einer Besprechung, die am Tage der Verkündung der Autonomie stattfand, erkannte der litauische Ministerpräsident die großen Schwierigkeiten an, bezeichnete sie aber als vorübergehend und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue politische Konstellation zur wirtschaftlichen Entwicklung des Memellandes und Litauens beitragen wird, denn das Beden des Memelstromes sei Litauens natürlicher Ausgang zum Meere.

## Der beschlußunfähige Reichstag.

Der Reichstag schloß heute mittags 11 Uhr die Beratung des Haushalts des Innern fort. Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt warf Genossin Kunert dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamts, Dr. Bumm, vor, nicht rechtzeitig die notwendigen hygienischen Schutzmaßnahmen angeordnet zu haben, um den furchtbaren Niedergang unserer Volksgesundheit zu verhindern. Notwendig sei die Errichtung eines besonderen Reichsgesundheitsministeriums.

Für eine Entschließung der Deutschnationalen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, zu prüfen, ob die Organisation der sächsischen Landespolizei nicht gegen die Vorschriften der Reichsverfassung und der Reichsgesetze verstoße, werden im Himmelpflug 129 Stimmen der Bürgerlichen für die Entschließung, und 95 sozialistische und kommunistische Stimmen gegen dieselbe abgegeben. Der Präsident stellt die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest und beruft auf 12 1/2 Uhr die nächste Sitzung ein.

In der neuen Sitzung wird die Entschließung gegen die Stimmen der Linken angenommen und der Rest des Etats debattelos erledigt.

Die estnischen Parlamentswahlen infolge der Auflösung wegen der Frage des Religionsunterrichts haben, wie es scheint, einen nicht unwesentlichen Erfolg der linksgerichteten Parteien ergeben. Es sind bisher gewählt: Landwirte 23, Sozialdemokraten 15, Unabhängige Sozialdemokraten 5, Kommunisten 10, Arbeitspartei (sozialistische Demokraten) 12, Volkspartei 8, Christliche Volkspartei 8, Nationalfreisinnige 4, Ansdler 4, Russen 4, Deutsche 3, Wirtschaftspartei 2, Mieter 1 und demobilisierte Krieger 1.

## Vatertag.

Von Paul Gumann.

Die Berliner Bevölkerung hat an ihrem Rutttertage endlich der Mutter die verdiente Anerkennung gebracht. „Die Mutter denkt an dich alle Tage; denke diesen Tag an sie!“, wurde dem Berliner auf zahllosen Plakaten zu Gemüte geführt. Ein Keger aus Zentralafrika, der dieser Tage in Berlin zu Besuch war, soll freilich entsetzt die Frage an seine Umgebung gerichtet haben: „Werden denn in Deutschland die Mütter so schrecklich behandelt? Bei uns wäre es nicht nötig, so viel Geld zu verschwenden, um die Kinder zur Liebe für die Mütter aufzufordern.“ Wie dem auch sein mag, es ist schön, daß man an diesem Tag den Müttern Bergschmeinnicht oder Flieder geschenkt hat, als Dank für den teuren Spinnat, den sie für die Kinder tauften mußten. Das sinnige Gemüt, das der heutigen Generation fehlt, wurde wenigstens an diesem einen Tag, wie durch den Zauberstab einer Fee hervorgerufen.

Aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Als deutscher Vater erhebe ich hiermit stammenden Protest gegen diese einseitige Bevorzugung der Mütter, deren Verdienste ich damit nicht schmälern will. Hat der Mensch nicht mindestens ebenso einen Vater, wie er eine Mutter hat? Im Namen hunderttausender deutscher Väter protestiere ich gegen diese Ungerechtigkeiten und verlange die gleichmäßige Einführung eines allgemeinen deutschen Vatertages. Unsere Eigenschaften verdienen ebenso eine Anerkennung, wie die der Mütter, und es ist einfach unerhört, daß man in führenden deutschen Blättern, wie z. B. „Dies Blatt gehört der Hausfrau“, uns stillschweigend übergeht, während die Mütter derart gelobt werden, daß kein Auge trocken bleibt. Wer wagt es, an unsern Verdiensten zu zweifeln? Schwingen wir nicht am Stammbaum, auf der Regelbahn oder auf Herrenausstiegen mit heldenauddauer Reden, um die verlorengegangene Moral der deutschen Jugend wiederzugewinnen? Verzichten wir nicht schweren Herzens, noch ein weiteres Glas Bier zu trinken, um es in Milch für unsere Kinder umzuformen? Bleiben wir nicht, soweit es uns möglich ist, unsern Frauen treu, obwohl andere Frauen oftmals unser Wohlgefallen erragen?

Wie soll der Vatertag beschaffen sein, werde ich gefragt. Man kann uns doch nicht etwa Weiden oder Lavendel schenken, um sie im Knopfsack zu tragen. Das würde dem Ernst der Sache widersprechen. Eine von mir angestellte Enquete bei etwa einem Dutzend deutscher Väter hat ferner verschiedene Anregungen ergeben, daß es recht schwierig erscheint, eine Grundlage für den allgemeinen deutschen Vatertag zu schaffen.

Der eine stimmte für das sinnige Geschenk von Krawatten, durch deren Farbe und Muster sich sehr viel ausdrücken ließe, der andere war für Holentzger, wieder einer für eine warme Unterjacke mit

dem Motto: „Wärme für den Vater“, ein anderer wollte sich mit einem halben Pfund Butter begnügen. Ich dagegen stimme für Zigarren. Die Zigarre ist das sichtbarste Symbol der Männlichkeit. Ihr Anblick verrät Einfachheit und Kraft, ihr Duft vereint die geheimnisvolle Schwüle der Tropen mit dem tiefen Hauch des deutschen Waldes. Jeder, der ein Herz für den deutschen Vater hat, schenke ihm an einem bestimmten Tage eine oder mehrere Zigarren. Ich habe diese Idee einem Bekannten von mir, einem Zigarrenfabrikanten, mitgeteilt. Er war begeistert und sagte, wenn es mehr solcher Köpfe gäbe, so wäre es um die Zukunft des deutschen Volkes besser bestellt.

Azetylen als Betäubungsmittel. In der „Ästhetischen Wochenschrift“ wird als ein neuerdings aufgefundenes Betäubungsmittel das Azetylen genannt. Das zu Beleuchtungszwecken dienende Azetylen hat bekanntlich einen besonders durchdringenden Geruch, der von allerlei Verunreinigungen, z. B. dem hochgiftigen Phosphorwasserstoff, herrührt. Das zu ähnlichen Zwecken benutzte Azetylen ist von allen diesen Beimengungen befreit und daher zwar nicht völlig geruchlos, aber es hat keinen unangenehmen Geruch. Seine Wirkung als Anästhetikum beruht wahrscheinlich auf einer Störung der Sauerstoffaufnahme durch die Kenoenzellen. Es wird ein Gemisch von diesem gereinigten Azetylen und Sauerstoff durch eine fest abschließende Maske eingeatmet. Das Bewußtsein schwindet schon nach 1 bis 3 Minuten, und in ebenso kurzer Zeit erfolgt das Wiedererwachen. Diese Schnelligkeit in der Wirkung ist für Arzt und Kranke gleich angenehm. Rüstige Folgen, wie Übelkeit und Erbrechen, Kopfschmerzen und dergl., sind, wenn überhaupt vorhanden, von kurzer Dauer. Nachwirkungen gefährlicher Art sind in den bisher beobachteten 220 Fällen nicht eingetreten. Die Verwendung des Azetylens wird, wie man sieht, immer vielseitiger.

Gegen die Kälterückfälle. Die bekannten drei Eisheiligen sind bekanntlich nicht die einzigen Tage, an denen sich bei uns Kälterückfälle einstellen. Wir haben vor einigen Jahren noch im Juni sehr unangenehme Nachfröhe gehabt. Selbstverständlich sind diese Erscheinungen nicht auf Deutschland beschränkt, sie machen sich in allen Ländern der gemäßigten Zone bemerkbar. Bei uns leiden meist die Bohnen sehr, aber auch das Obst. In Kalifornien, einem Lande, wo der Obstbau eine besonders hohe Blüte erreicht hat, ist man zu einem geregelten Wetterdienst übergegangen, um solchen Säpäden vorzubeugen. Der Wert der Orangenernte Kaliforniens wurde im Jahre 1921 auf 100 Millionen Dollar geschätzt; im vergangenen Jahre aber wurde durch Nachfröhe die Hälfte der Früchte vernichtet. Diese Erfahrung hat dazu geführt, daß die bereits bestehenden Vorbeugungsmaßnahmen besser ausgebaut wurden. In den Orangen- und Zitronengärten sind hunderttausende von Frostschutzhüllen neu aufgestellt worden, Zentralstellen sind eingerichtet, die Petroleum und Benzin in großen Mengen vorrätig halten, und fliegende Kolonnen stehen bereit, um auf telegraphische und telephonische Weisung sich an Ort und Stelle zu begeben, Feuerungsmaterial mitzubringen und die Defen anzuzünden. Ein Wetterbureau mit 204 Beobachtungsstellen in Kalifornien gibt die Warnungen und Anweisungen; keine Verluste haben sich bis jetzt

aufs beste bewährt. Man hat die Ueberzeugung gewonnen, daß diese „Cooperation“, d. h. Zusammenarbeit, sich gut bezahlt macht.

Die Ruinen von Karthago. Die Ausgräber, die in den Ruinen vergangener Kulturen nach Schätzen suchen, sind nach der langen Pause des Krieges in vielen Teilen der Welt geschäftig. In Mexiko ist ein großartiger Pharaonenbau ans Licht gekommen; auf der Straße des alten Ur spürt man den Bauten der Chaddier nach, und eine eifrige Tätigkeit entsaltet sich ebenso in Jerusalem und in den Städten der alten Philister wie auf den Inseln des Stillen Ozeans oder im südlichen Mexiko. Besonders hat man sich in letzter Zeit auch mit den Ruinen von Karthago beschäftigt. Die Verhältnisse liegen hier sehr eigenartig. Die Küste hat sich stark verändert seit den Tagen, da die Römer ihren gefährlichsten Nebenbuhler vernichteten. Das Meer hat die Ruinen der Mauern überflutet, die die Karthager einst gegen die Angriffe der Wilden erbaut hatten. Einige von diesen altkarthagischen Mauerresten kann man noch sehen, wenn man vom Boot in das seichte Wasser blickt, das die Küste umflutet. Genauere Beobachtungen aber hat das Flugzeug gemacht, das hier wohl zum erstenmal in den Dienst der Archäologie gestellt wurde. Nachdem man über der Wasseroberfläche an der Küsten entlang flog, konnte der Verlauf der altkarthagischen Seemauer auf über 11 Kilometer hin festgestellt werden, und man hat vorzügliche photographische Aufnahmen von dieser unter Wasser liegenden Mauer gemacht. Von den Ausgrabungen an der Stelle des alten Karthago sind keine bedeutenden Funde zu erhoffen. Wohl kaum läßt sich in der Weltgeschichte ein zweiter Fall nachweisen, bei dem eine Stadt so von Grund auf zerstört wurde, wie Karthago durch die Römer. Wenn auch nicht, wie die römischen Schriftsteller erzählen, der Pfug über das mehr als 30 Quadratkilometer umfassende karthagische Gebiet geführt wurde, so blieb doch von den Gebäuden nichts übrig. 17 Tage lang wütheten die Römer mit Feuer, bis tatsächlich kaum noch ein Stein auf dem anderen geblieben war. Später erbaute sie eine Stadt an derselben Stelle; nach ihnen siedelten sich die Bandalen an, dann die Griechen, danach die Araber und andere Völker. Alle diese haben Steine des alten Karthago zum Aufbau ihrer Häuser verwendet, und die Ausgräber, die die Stätte der punischen Hauptstadt wissenschaftlich durchforschen wollten, müßten die verschiedensten Schichten aufeinanderfolgender Kulturen aufdecken. Diese Arbeit aber dürfte, wenn sie auch keine hervorragenden künstlerischen Funde liefert, für die Weltgeschichte von hohem Wert sein, denn wir wissen noch wenig von diesem kühnen und zähen Volk der Punier, das zwar von der Erdoberfläche durch einen grimmigen Gegner fortgesetzt wurde, das aber in der Entwicklung des Weltverkehrs die größte Rolle gespielt hat und geniale Söhne sein Eigen nannte.

Im Deutschen Theater beginnt die heutige Aufführung von Richard Beer-Hofmanns „Der Graf von Chorolais“ um 7 Uhr.

Varieté „Toter Tag“ wird am 24. im Neuen Volkstheater vor ersten Aufführung kommen. Bühnenbild: (nach einer Zeichnung von Barlach) Leo Dabli.

Eine kanadische Nordpolexpedition? Die kanadische Regierung kauft das Schmelsschiff Quest an, das zu einer Nordpolexpedition ausgerüstet werden soll.



# Der Gemeindebetrieb ist schuld.

Die städtische Ueberwachungsanstalt hat einen eingehenden Bericht über ihre Kontrolltätigkeit der Presse zur Verfügung gestellt. Der Leiter des Ueberwachungsamtes, Stadtrat Schünig, den die „Deutsche Tageszeitung“ als einen „gewiß tüchtigen Verwaltungspraktiker“ bezeichnet, berichtet, daß insgesamt etwa viertausend Fälle von Diebstählen behandelt worden sind. Es werden eingehende Mitteilungen über Art und Umfang der Diebstähle gemacht. Es geht daraus hervor, daß die Diebstahlsfälle bei allen Unternehmungen immer noch außerordentlich groß ist. Bei unvermuteten Kontrollen in städtischen Werken und auf den Gütern wurden 87 Personen festgestellt, die städtisches Eigentum bei sich führten. Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, mit allen Mitteln die Bestrebungen zum Schutze des städtischen öffentlichen Eigentums zu unterstützen. Die „Deutsche Tageszeitung“, deren unschätzbare und gehäufiger Ton gegen alles, was städtisch heißt, kaum übertroffen werden kann, knüpft an diese dankenswerte Bekehrung die Bemerkung, daß alle öffentlichen Arbeit unfruchtbar bleiben muß, und daß über von den Sozialisten aller Schattierungen als allein fruchtbar bezeichnete Gemeindebetrieb einfach unmöglich ist. Mit Spießhüben lasse sich kein ehrliches Gewerbe betreiben. Die „Deutsche Tageszeitung“, die das schreibt, weiß natürlich ganz genau — oder sollte es wenigstens wissen —, daß die Diebstähle, namentlich Metalldiebstähle, eine in der ganzen Industrie weit verbreitete Erscheinung sind. In der Beurteilung dieser Erscheinung sind sich alle ansässigen Elemente einig. Jeder weiß aber auch, daß sie eine Folge unserer Nachkriegsverhältnisse sind und erst langsam überwunden werden können. Wenn man überhaupt nur im entferntesten die Absicht hätte, einen solchen Bericht der städtischen Verwaltung sachlich zu prüfen, dann müßte man ihn in Parallele mit den Verhältnissen in der Privatindustrie stellen. Wenn die Redakteure der „Deutschen Tageszeitung“ sich bei Privatindustriellen einmal erkundigen wollen, dann werden sie erfahren, daß die Stadt sich verhältnismäßig gegenüber den Zuständen in Privatbetrieben noch sehr lassen kann, und daß bei Ueberführung aller städtischen Betriebe in Privatband keineswegs weniger entwendet werden wird, als das jetzt der Fall ist. Auf solche rein sachliche Untersuchung kommt es aber nicht an. Bei den Herren gilt nur das eine Wort: der Gemeindebetrieb muß bekämpft werden.

Demgegenüber halten wir es mit dem offiziellen Etatsredner der Deutschnationalen Fraktion, Dr. Steiniger, der mit betonter Deutlichkeit darauf hinwies, daß die städtischen Werke und Güter im Interesse der Bevölkerung erhalten bleiben müssen.

## Verworfenne Berufungen.

### Gegen Prügelhelden und Lebensmittelräuber.

Dem Recht der Berufung in Strafsachen glaubten sich zwei Zeitgenossen, der Motorradfahrer Karl Jieske und der Schankwirt Adolf Pauly bedehnen zu müssen, weil sie sich über die ihnen zugemessenen, an sich recht milden Strafen beschwert fühlten und hofften, daß die Berufungsrichter noch milder sein würden als die Richter der ersten Instanz. Die Vergehen waren aber so gemeiner Natur, daß die Berufungen abgelehnt wurden.

Der Motorradfahrer Karl Jieske hatte einem bedauernswerten, zu 50 Proz. erwerbsunfähigen Schwerkranken einen Unfall mitgespielt. Jieske hatte durch unvorsichtiges Fahren den Invaliden, der ihm auf seinem Rade entgegen kam, überfahren und das Rad demoliert. Als der Verletzte nach einigen Stunden die Wohnung Jieskes aufsuchte, um mit ihm sich wegen des Schadenersatzes auszusprechen, traf er J. vor der Tür und dieser nötigte ihn, in seine Wohnung zu kommen, da man sich dort in Ruhe unterhalten konnte. Kaum hatten beide die Wohnung betreten, als Jieske seinen großen Hund auf den Invaliden hefte und diesen mit einem Knüttel überfell und verprügelte. Der brutale Mensch ließ von seinem Opfer erst ab, als der Krüppel erklärte, er allein trage die Schuld an dem Unfall. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte Jieske wegen Erpressung und fahrlässiger Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis und nur zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Vor der Berufungskammer des Landgerichts III bedauerte Rechtsanwalt Theodor Dieblich als Vertreter des Kriegsverletzten, daß von dessen Seite nicht aus gegen das Strafmaß Berufung eingelegt worden sei. Die Strafkammer sprach ebenfalls, indem sie die Berufung verworft, die Bedauern darüber aus, da nach Ansicht des Gerichtes die gemeine Handlung des Angeklagten eine weit höhere Strafe verdient hätte. — Wegen Raubstrafmittelvergehen hatte sich der Schankwirt Adolf Pauly vor der Berufungskammer des Landgerichts I zu verantworten. Pauly war von seiner Köchin angezogen worden, daß er verkaufte Fleischwaren und Schinkenreste, die von Raben wimmelten, mit dem Würmern und ebenso verschimmelte Käsestücke durch den Wolf gedreht und zu Buletten verwendet habe, die er dann seinen Gästen vorsetzte. Das Schöffengericht hatte Pauly zu 15000 M. Geldstrafe verurteilt. Pauly hatte offenbar geglaubt, daß er für seine die Gesundheit seiner Mitmenschen schwer gefährdenden Schmutzerien noch zu schwer bestraft worden sei und hatte gleichfalls Berufung eingelegt. Die Strafkammer kam jedoch auch hier zu einer Verwerfung der Berufung.

## Die lieben Nachbarn.

Die durch die Wohnungsverhältnisse hervorgerufenen Unzutunlichkeiten und Streitigkeiten der Mieter sind eine alltägliche Erscheinung vor dem Schöffengericht. Eine seltene Erscheinung ist aber der vorliegende Fall, der sogar zu einer Anklage wegen verächtlicher Tötung geführt hat und die Hausbesitzerin Marie Richter aus Hermsdorf, eine 50 Jahre alte Frau, vor das Schöffengericht des Landgerichts III brachte.

Es handelt sich bei dieser Anklage um einen Mieterstreit. Die Parteien hatten einen gemeinsamen Hund und die Schwester der Angeklagten, eine Frau Rückstein, eine Frau, die nur ein Bein hat, hatte mit ihrer Tochter eine Stube in einer Wohnung, die im übrigen ein Ehepaar Hinke innehatte. Es ist hier zu einem Streit gekommen, der die Hausbewohner in zwei Parteien teilte. Im April vorigen Jahres kam es dann sogar zu einer Revolverfehde. Die Folge davon war eine Anklage gegen Frau Rückstein wegen unbefugten Waffensitzens und gegen ihre Schwester, Frau Richter wegen des Schießens mit dem Revolver. Das Schöffengericht hatte auch beide Angeklagte verurteilt. Auf die Berufung der Frau Richter kam die Sache nochmals vor die Strafkammer und diese kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß nicht gefährliche Körperverletzung, sondern der dringende Verdacht der verächtlichen Tötung vorliege, so daß die Strafammer unzuständig sei und es wurde daher die Anklage an das Schwurgericht verwiesen. Die Verhandlung ergab heftige Widersprüche in den Zeugnisaussagen. Rechtsanwalt Schönberg hielt die Sache für einen außerordentlich nachbarschaftlichen und in keiner Weise erwiesenen, daß die Angeklagte die Absicht einer Tötung gehabt habe. Frau Richter habe nur in Notwehr gehandelt. Die Geschworenen kamen entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts zu einer Verurteilung der gefährlichen Körperverletzung und das Gericht verurteilte Frau Richter zu drei Monaten Gefängnis, wogegen ihr aber eine dreijährige Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 600 000 M. zu.

# Das Markenbrot wird teurer.

Die Ernährungsdeputation war gestern genötigt, infolge der gestiegenen Getreidelöhne (von 72 000 auf 86 000 pro Woche) den Preis für das Markenbrot von 900 auf 950 Mark und für die Markenbrotkrumen von 30 auf 32 Mark zu erhöhen. Es muß aber mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß auch diese Preise in nächster Zeit noch angehoben werden, ganz abgesehen davon, daß dann der Posten der bürgerlichen Parteien vom 15. August ab die Getreideumlage und damit auch die Zwangsabgabe für Brot wegfällt. Damit wird fast die ganze Bevölkerung bis auf die Unterstützungsberechtigten gezwungen sein, freies Brot zu beziehen, dessen Preis nicht mehr der Kontrolle der Kommune untersteht.

## Fabrikbrände.

Die Zehndorfer Feuerwehre wurde wegen eines gefährlichen Brandes nach dem Wert der Optischen Anstalt von C. D. Goertz u. Co. in Schönow am Teltowkanal alarmiert, wo auf dem ehemaligen Gutshof von Schönow Teerleffel unter enormer Dualentwicklung brannten. Da die Flammen mit Wasser nicht gelöscht werden konnten, wurde Sand zur Löschung benutzt und die gefährdeten Gebäudeteile mit Wasser wirksam geschützt. — Die Berliner Feuerwehre hatte in der Turiner Straße 27 einen Brand zu löschen, der in einer Schleiferei ausgebrochen war und an Holzstößen, Büchsen, Immobilien usw. schnell reiche Nahrung gefunden hatte. Es gelang die Flammen einzudämmen. In der Stolzenfelsstr. 2 in Oberschöneweide mußte ein gefährlicher Kellerbrand gelöscht werden, der durch Fahrlässigkeit entstanden war.

## Die Prangerliste der Wucherabteilung.

Der Vize der Handelsverbände, die von der Wucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums im vergangenen Monat erlassen sind, entnehmen wir folgende Mitteilungen: Die Handelsverurteilung wurde entzogen dem Kaufmann Moses Horowitz, Berlin, Kleine Alexanderstraße 14, wegen des Verkaufs verfälschter Schokolade und Betrug; ferner dem Kaufmann Moses Silbiger, Berlin, ebenfalls Kleine Alexanderstraße 14, wegen des gleichen Vergehens. Dem Gastwirt Hermann Kroll, Viniensstr. 35, wurde die Konzession entzogen, weil er bei der Herstellung von Trinkenbranntwein Brennspiritus benutzt hat. Er hat dieses Getränk dann unter der Bezeichnung „Dänischer Korn“ in den Handel gebracht.

Verbesserungen bei der Straßenbahn. Die Fahrzeit soll auf allen Linien der Straßenbahn in nächster Zeit um durchschnittlich etwa 7 Prozent verkürzt werden. Ferner sollen alle Linien, welche an Fernbahnhöfen vorbeiführen, in Zukunft so früh verkehren, daß mindestens die ersten Wagen die Bahnhöfe um 6,45 erreichen. Auch der Tunnel in Treptow soll wieder benutzt werden. Anfang Juni will die Straßenbahn, nachdem die Einbahnbeschränkungen jetzt abgeschlossen sind, auf Grund der neuen Geschwindigkeitsregelung ein übersichtliches Fahrplandbuch herausgeben.

Zwischenhandlungen gegen die Wohnungsmangelverordnung werden nach dem Geldstrafengesetz vom 27. April 1923 mit Geldstrafe von 1000 Mark bis zu 10 Millionen Mark bestraft. Bericht des Bergehen auf Gewinnsucht, so kann die Geldstrafe auf 100 Millionen Mark erhöht werden. Die Geldstrafe soll das Entgelt, das der Täter für die Tat empfangen, und den Gewinn, den er aus der Tat gezogen hat, übersteigen. Reicht das gesetzliche Höchstmaß hierzu nicht aus, so darf es überschritten werden.

Einem offenen Zeichenloaf hat das Bezirksjugendamt Treptow im Januar d. J. in der 6. Gemeindeschule Treptow, Widenbruchstraße, eingerichtet. Unter Leitung eines Zeichenlehrers wird an jedem Montag von 5 bis 7 Uhr abends Schülern und Schülerinnen im Alter von 10 Jahren und darüber, die Lust und Liebe zum Zeichnen haben, unentgeltlich Unterricht erteilt. Die Einrichtung erfreut sich eines regen Zuspruchs der Kinder und hat sich sehr bewährt. Die Arbeitsfreude erfährt eine wesentliche Unterstützung durch die Herausgabe von Zeichenpapier und -farben. An 11 Tagen wurde der Zeichenloaf von zusammen 420 Kindern (92, die wiederkehrten) besucht. Der „Offene Zeichenloaf“ bleibt bis zu den Pfingstferien bestehen, wird im Sommer geschlossen und nach Schluß der Oktoberferien wieder eröffnet.

Sperlingsgasse statt Spreestraße. Die Spreestraße im Herzen Alt-Berlins, die Wilhelm Raabe seinerzeit in seinem bekannten Roman „Die Chronik der Sperlingsgasse“ verherrlicht hat, ist jetzt dem Dichter zu Ehren, der 1854 und 1855 in dem alten Hause, Spreestraße 11, wohnte, in Sperlingsgasse umbenannt worden. Eine Auswechslung der Namensschilder an den Ecken der schmalen, kurzen Straße, die die Brüderstraße mit der Friedrichstraße verbindet, ist allerdings noch nicht vorgenommen worden. An dem Hause Nr. 11 befindet sich eine Gedenktafel für Wilhelm Raabe mit der Inschrift: „In diesem Hause wohnte 1854 und 1855 Wilhelm Raabe, der Dichter der „Chronik der Sperlingsgasse“, geboren 8. September 1831, gestorben 15. November 1910. Seinem Andenken die Stadt Berlin 1911.“

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst aufklarend, am Tage etwas wärmer bei mäßigen nördlichen Winden, nachdem wieder zunehmende Bewölkung und leichte Regenschauer.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 19. Abt. Mittmach. den 16. Mai, 7 Uhr: Beamten-Mitgliederversammlung des Schwabacher Christianitätsvereins. Thema: Beamtenfragen.
- 21. Abt. Kollatsch. Mittmach. den 16. Mai, pünktlich 7 Uhr im Fürstentad. Mitgliederversammlung. Thema: „Das Reichsmittelgesetz und die letzten Bestimmungen“. Refer.: Stadtrat Hermann. 2. Diskussion und Verschiedenes.

## Jugendveranstaltungen.

Wohnung, Abteilungsleiter: Die Funktionärskonferenz am Donnerstag, den 17. Mai, findet nicht wie angegeben, in der Steinstraße, sondern in der Aula der Schule Ostpre. Die Rett. Wir bitten die Abteilungsleiter, davon Kenntnis zu nehmen.

## Devisenkurse.

	15. Mai		14. Mai	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Papier-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Papier-) Kurs
1 holländischer Gulden	16458.75	16541.25	17055.—	18045.—
1 argentinische Papier-Peso	15162.—	15238.—	16458.75	16541.25
1 belgischer Franc	2410.98	2432.07	2918.89	2681.57
1 norwegische Krone	6882.75	6917.25	7050.82	7689.18
1 dänische Krone	7805.18	7944.82	8608.42	8852.58
1 schwedische Krone	11196.98	11258.07	12069.76	12130.25
1 finnische Mark	—	—	—	1218.04
1 japanischer Yen	20748.—	20852.—	21446.25	21553.75
1 italienische Lire	2039.88	2070.17	2254.85	2265.65
1 Pfund Sterling	195260.82	196230.38	212467.50	218532.60
1 Dollar	42194.25	42405.75	43885.—	46115.—
1 französischer Franc	2807.96	2823.04	3037.88	3152.62
1 brasilianischer Milreis	4184.50	4210.50	4399.—	4411.—
1 Schweizer Franc	7640.85	7679.15	8079.78	8120.25
1 spanische Pesta	6458.81	6491.19	6883.25	6716.75
100 österr. Kronen (abger.)	—	—	63.24	63.56
1 russische Krone	—	—	1827.65	1828.82
1 ungarische Krone	—	—	8.10	8.16
1 bulgarische Lira	—	—	352.11	358.89
1 jugoslawischer Dinar	—	—	485.89	488.17

# Gewerkschaftsbewegung.

## Papiermarktlöhne.

Wie der Foreign Press Service meldet, betragen im März im Staate New York die Durchschnittslöhne 26,92 Dollar oder 71 Cents mehr als im Januar dieses Jahres. Aus der Meldung geht nicht hervor, ob es sich um einen allgemeinen Durchschnittslohn sowohl der männlichen wie der weiblichen und jugendlichen Arbeiter, oder nur um einen Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter allein handelt. Sowohl die angeführten Löhne wie das Fehlen der Angabe, daß es sich nur um männliche Arbeiter handelt, lassen uns vermuten, daß es sich um einen allgemeinen Durchschnittslohn handelt.

Nach einem Durchschnittskurs von 22 000 gerechnet, ergibt dies einen Wochenlohn von rund 590 000 Papiermark. Im März betragen andererseits in Berlin die Durchschnittslöhne der männlichen Arbeiter nach den abgeschlossenen gewerkschaftlichen Verträgen zwischen 1300 und 1500 M. die Stunde oder zwischen 62 000 und 72 000 Mark die Woche. Nach dem Wechselkurs berechnet, betrug also im günstigsten Falle der Lohn eines gewerkschaftlich organisierten Arbeiters in Berlin im Monat März den zehnten Teil des Lohnes eines Arbeiters im Staate New York. Wenn also die Unternehmer die Stirn haben, wie es z. B. soeben die der Musikinstrumentenindustrie in Berlin taten, zu behaupten, die hohen Löhne der Arbeiter machten sie dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig, dann kann man aus dieser Gegenüberstellung ersehen, was von dergleichen Behauptungen zu halten ist.

Vergleichen wir aber einmal, wie es sich mit den Reallohnen verhält, bzw. in welchem Verhältnis sich die Löhne seit 1914 in ihrer Kaufkraft verändert haben.

Nach der zitierten Meldung waren in New York die Kleinhandelspreise im März 1923 um 49 Proz. höher als vor dem Kriege. In Ostmark umgerechnet, sind 26 Dollar 92 Cents rund 113 Mark. Ziehen wir davon eine Teuerung von 50 Proz. ab, verbleiben 75,34 Mark. Nach der Reichsindexziffer betrug im März die Teuerung im Vergleich zum Juli 1914 das 2854fache. Da jedoch die Reichsindexziffer die Kulturausgaben, die Ausgaben für Wäsche, Reinigung usw. nicht berücksichtigt, dürften wir eher hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, wenn wir die Teuerung auf das 3000fache gegenüber dem Friedensstande annehmen. Berechnen wir den Durchschnittslohn eines Berliner Arbeiters im März mit 67 000 M. wöchentlich, dann beträgt der Reallohn 22,33 M. wöchentlich gegenüber einem durchschnittlichen Reallohn von 75,34 M. im Staate New York. Der Reallohn beträgt hier also 3,37 mal mehr als der Reallohn eines tariflich entlohnten erwachsenen Arbeiters in Berlin.

In Wirklichkeit ist der Unterschied noch viel größer. Denn der Papiermarklohn des Berliner Arbeiters verringert sich um den zehnprozentigen Steuerabzug. Wir haben außerdem nur die Tariflöhne für Berlin in Betracht gezogen, während es daneben noch viel niedrigere Löhne gibt, von den Frauenlöhnen nicht zu reden. Der aus dem Staate New York gemeldete Lohn ist ein allgemeiner Durchschnittslohn. Die Reallohne können also im Staate New York im Vergleich zu den Berliner Reallohnen noch höher angenommen werden. Das Märchen von den hohen Löhnen ist also — ein Märchen.

## Lohnregelung in der Musikinstrumentenindustrie.

Eine stark besuchte Mitgliederversammlung aller in der Musikinstrumentenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Montagabend in der „Brauerei Friedrichshain“ nahm zunächst die Berichte vom Goutag und der letzten Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die von Keller bzw. Grothe erstattet wurden, ohne Diskussion entgegen. Nachdem Berichtete Dorn über das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Mit den Arbeitgebern konnte eine Verständigung nicht erreicht werden. Sie lehnten die geforderte Erhöhung der Löhne ab, weil in der Industrie eine Krise herrsche und als Folge Kurzarbeit vertrieht werden müsse. Mit höheren Löhnen sei ihnen die Konkurrenz im Exportgeschäft nicht mehr möglich. Demgegenüber verabschiedete der Redner auf eine Mitteilung im eigenen Fachblatt der Arbeitgeber, aus der hervorgehe, daß deutsche Klaviere gewöhnlicher Art nach Japan für 300 Yen geliefert werden (zuletzt etwa 3 Millionen Mark), während japanische 2000, amerikanische 1800 und englische 1500 Yen kosten. Von einer Ausschaltung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt durch höhere Löhne könne also nicht die Rede sein. — Am Montag ist vor dem Demobilisationskommissar verhandelt worden und dabei eine Einigung auf folgender Grundlage zustande gekommen: Die Arbeitgeber verpflichten sich, für die Zeit vom 4. bis 10. Mai eine Zulage von 10 Prozent, vom 11. bis 17. von 15 und vom 18. bis 24. von 18 Prozent auf die tariflichen Löhne zu zahlen. Für Verletzung soll die Zulage während der Laufzeit dieser Abmachung 15 Prozent betragen, und die Werkzeugenshabigkeit soll auf 34 Prozent bemessen werden. Der Lohn für Facharbeiter über 20 Jahre würde sich nach dieser Erhöhung in den drei Wochen auf 1790, 1872 und 1921 M. stellen. Von den Diskussionen wurde das Ergebnis als ein sehr minimales und gänzlich unzureichendes bezeichnet. Im Hinblick auf die derzeitige Situation stimmte die Versammlung aber schließlich der Annahme gegen eine erhebliche Minderheit zu.

## Die Betriebsrätewahlen der Reichsbahn.

Zur Stunde liegen erst Teilergebnisse von den Betriebsrätewahlen der Reichsbahn vor, die jedoch erkennen lassen, daß der Deutsche Eisenbahnerverband einen großen Erfolg zu verzeichnen hat. Im Reichsbahndirektionsbezirk Königsberg entfielen von den abgegebenen Stimmen auf den DGB. 11 350, auf den AEB. (Hirsch-Dunder) 1986, auf den GDE. (Christlich) 477. Im Reichsbahndirektionsbezirk Altona erhielten Stimmen: DGB. 9625, AEB. 551, GDE. 122 und die sogenannte Freie Liste der Opposition 1230. Im Reichsbahndirektionsbezirk Magdeburg verteilten sich die Stimmen folgendermaßen: DGB. 9110, AEB. 334, GDE. 83.

Somit außerdem Nachrichten aus dem unbeflegten Gebiet vorliegen, handelt es sich erst um örtliche Teilergebnisse, die jedoch das gleiche Bild zeigen wie die vorgenannten vollständigen Bezirksergebnisse. Aus dem Reichsbahndirektionsbezirk Berlin liegen erst örtliche Teilergebnisse vor, die noch keine abschließende Uebersicht gestatten.

## Protest des Landesrats.

In der gestrigen Sitzung des Landesrats gaben sämtliche Parteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der gegen die sogenannte Rotter Ordnung der Regierungskommission und gegen die am 2. Mai erlassene Einschränkung des Streikpostens in der entschiedensten Weise protestiert wird. In der Erklärung wird die Regierungskommission vor der Welt angeklagt, daß sie ihre vornehmste, durch den Verfallenen Vertrag gestellte Aufgabe, für die Wohlfahrt der Seebewohner zu sorgen, wiederum in einer unerhörten Weise verletzt habe. Sie mache die Bevölkerung zum Gegenstand ihrer einseitigen politischen Bestrebungen und des Saargebiet, das einzige der Obhut des Völkerbundes anvertraute Land, zu einem Sklavenstaat. Als Protest gegen die Verordnungen der Regierungskommission lehnt es der Landesrat ab, heute eine Sitzung abzuhalten.

## Verstärkung der Streifkette in Belgien. Der Ausstand der belgischen Eisenbahnen, Post- und Telegraphenbeamten dauert fort. Das Kabinett befürchtet, daß er sich auf die Doz. und Elektrizitätsarbeiter ausdehnen werde.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Ed. Giese, Berlin. Verlag: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15.



# Alle Vorteile:

beste Qualitäten — niedrigste Preise  
findet jede Dame  
in unserm Pfingstangebot!

## Kleider

aus Frotté 49 000.—  
Voll-Volle, Poulard- und  
Trikot-Seide, in entzückenden Farben.

## Mäntel

aus Covertcoat 59 000.—  
aus Donegal 69 000.—  
Tuch, Seide und Seiden-Mohair.

## Kostüme

frische Smoking und lose  
kurze Formen  
in allen  
Stoffarten.

**Oskar Wollburg**  
Brunnenstr. 56, 57.

Acußerst vorteilhafte

# Pfingst-Angebote

Mäntel	in Donegal, Tuch und Covertcoat	45 000 bis 275 000
Kostüme	in Donegal, Cheviot und Gabardine	115 000 bis 295 000
Kleider	in Cheviot, Trikot und Gabardine	39 000 bis 275 000
Kleider	in Frotté und Volla, glatt und gemustert	29 500 bis 250 000
Blusen	in Hand-, Baté- und Jabot-form	9 100 bis 95 000
Jumpers	in Seidentrikot und handgehebelt	25 000 bis 95 000

Große Auswahl in Strickjacken,  
Seidentrikot-Kleidern  
und Kostüm-Röcken  
in allen Preislagen.

Damen-Confektion  
**Elegant**  
Hermann Perl  
Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 46

Gebisse  
Edelmetalle  
Bruch  
Zietlow, nur  
Badstr. 16

## Zahngebisse

auch zerbrochene, erreichen Werte bis 1 Million.  
Kaufe auch einzelne Zähne bis 100 000 Mark.  
**Brillanten** Gold- und Silberbruch,  
Schmucksachen  
Bei Ankauf wird Fahrgeld vergütet

**Herrmann & Co., G. m. b. H.,**  
Wilhelmstraße 39 Köthener Str. 36  
Ecke Kochstraße am Potsdamer Platz

Welt unter halbem Tagespreis

## Zähne

Mark 4000 und 5500  
Schriftl. Garantie. Zähne ohne Gaumen. Kulante  
Zahlungserleichterung. Keine Luxuspreise. Gold-  
kronen v. 50 000 M. an. Ersatzkronen 10 000 M. Zahn-  
ziehen m. Betäubung b. Bestell. v. Gebissen gratis  
**Hatvani, Danziger Str. 1**  
Ecke Schönhäuser Allee, Hochbahnstation  
Bei Bestellung Vorseiger 10 Proz. Rabatt. Bis  
letz über 15 000 Gebisse z. voll. Zufriedenheit geliefert

**BRILLANTEN**  
Platin, Gold-  
u. Silber-Bruch  
kauft zu höchsten  
Tagespreisen  
„Sohow“  
Juwelen-Ges. m. b. H.  
Jerusalemstr. 19-20  
zw. Hausvogel-  
u. Dönhofsplatz

**Metallbetten**  
Stahlmattens-, Kinderbetten dir. an Priv.  
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Zur  
Verlobung  
**Trauringe**  
Dnk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an  
einfache Trauringe, gest. von 6000 M. an.  
Fant alle Preislagen am Lager. Namen u. Etui  
umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen  
von Trauringen bei Goldgabe in 24 Stunden.  
Garantiescheine für gesetzl. Goldgehalt!

**Trauringfabrik Albert Thal & Co.,**  
C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt).

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch  
Brillanten**  
Zahngelbisse zahlt überbierbare Preise  
**R. Felske,**  
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

**Alte Gebisse** auch zer-  
brochene  
pro Zahn 5000, 4000 bis 120 000 Mark  
Gold-, Silber-, Silberbruch kauft zum  
Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle  
**B. Zymolski, Weidenburger Str. 32**  
Legitimation erforderlich

Entzückende Modelle in Damenbüten  
einfache und elegante, kaufen  
Sie vorteilhaft direkt in  
Ecksteins Hutfabrik, Invalidenstrasse 35  
Ecke Chausseestrasse.  
Kein Laden, nur eine Treppe.  
Eigene Umpresserei.

**Gold Silber Platin Brillanten**  
kauft recht zu  
höchsten  
Tageskursen  
**C. Käferle**  
Urmacher - Juwelier  
Frankfurter Allee 27B

**Zeitungspapier**  
gebänd., 22 250,  
Haus-  
lampen färbend  
Dose 10 Stk.  
**Neukölln**  
Hilfstr. 178  
Stangend. Reinholden  
Telef. 281.

Marken- und andere  
Zigaretten  
bei **Ad. Nagel**  
Hermannplatz 6  
Westy 5023.

**Damen- und Herren-Stoffe**  
alles Neu in großer Auswahl.  
Gabardine, Kammgarne, Covert-  
coats, Tuche, moderne Streifen,  
Volle, Musseline usw.  
Kleider- u. Futter-Seiden  
schwarz und farbig.  
**Paul Karle**  
O. 34, Warschauer Straße 79.

# Drei Schlager!!

Gut — billig — reell

Jackett-Anzüge	aus haltbaren Stoffen, in hell. u. dunkl. Farben z. T. tailliert auf 1 Knopf	58 000
Jackett-Anzüge	aus prima Stoffen, aus Wolle geerd., voll- wertig, Größ. 1. Wahl	110 000
Jünglings-Anzüge	Jackett u. Sportform, in allen Qualitäten u. Farbenkombi.	48 000
Sport-Anzüge	m. Breches ab. lang. Hefe, gediegene, lebe. Stoffe, In Verarbeitung	118 000
Sommer-Mäntel	aus modern bearb., mit Raffinesse u. Gari, u. gut. u. best. Stoffen	68 000
Covercoat-Paletots	l. Sportform, a. einl. a. z. d. eleg. Maßhaff., in best. Verarb.	78 000
Gummi-Mäntel	aus gut. Stoffen mit best. Gummierung gefügt für Damen u. Herren	78 000
Herren-Hosen	aus Bucklin u. gebr. Baumwollstoffen bester Qual. bis z. d. best. Maßhaff.	14 000

Gardinen • Wäbe • Pelze

## Damen-Mäntel

vom soliden bis elegantesten Model  
28 000 38 000 58 000 78 000  
98 000 128 000 145 000

Solange Vorrat reicht, Mengenabgabe vorbehalten.  
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung ohne Preisaufschlag!  
Riesenauswahl! Fahrvergütung! Riesenauswahl!

# Kleezewski

127 Wilmsdorfer Straße 127  
Ecke Schillerstraße, erste Etage, am Bahnhof Charlottenburg  
47 Boxhagener Straße 47  
Ecke Holteistr., erste Etage, am Bahnhof Stralau-Rummelsb.

**HOSEN!** Billiges Pfingstangebot und trotzdem 10 Proz. Rabatt bei  
jedem Einkauf. — Hosen jeder Art  
und in allen Größen kaufen Sie am besten und billigsten in der Münchener-  
Gladb. Hosen-Zentrale, Berlin, Rögner Str. 25 (blauer Laden), nahe BfH.  
Gesundbr. Kein Versand außerhalb. — Linien 5, 8, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 99, 111, 27, 143.

## Schokoladen

große Auswahl be-  
kannter Marken.  
Billigste Bezugsquelle  
für Kontinen und  
Wiederverkäufer  
**Paul Grindel**  
Schokol.-Größhandl.  
Berlin C 25  
Dircksenstr. 47  
am Bohnh. Börse

Einlagen gegen Gewinnbeteiligung  
von Mark 5000.— an nimmt das  
Bank- und Handelsunternehmen

**Hansen & Co. Kommandit-  
Gesellschaft**  
entgegen und gewährt an Stelle der  
festen Verzinsung eine fortlaufende durch

**Beteiligung am Reingewinn**  
monatlichen

Günstige Kapitalanlage! Beste Referenzen!  
Auskünfte jederzeit durch  
**Hansen & Co. Kommandit-  
Gesellschaft**  
Hannover  
FILIALE: Berlin W 57, Eilholzstraße 16

## Alt-Metall- Ankauf

zu höchst. Preisen  
**Carow, Neukölln**  
Jonasstr. 68  
an der Berghstr.  
3 Min. vom  
Bahnh. Neukölln  
Tel.: Reul 4497

**W. Bernhard Nachf.**  
BERLIN SW., Belle-Alliance-Straße 105 und 101  
— dicht am Halleschen Tor —  
hat die schönsten

**Damen-Mäntel  
Damen-Kostüme  
Damen-Blusen  
Damen-Röcke  
Damen-Kleider**

zu auffallend billigen Preisen!

# Billige Gardinen

Trotz starker Markentwertung folgendes Angebot:

Künstler-Garnituren	22500	28500	34000	46000
Madras-Garnituren	32500	45000	58000	68000
Halb-Stores	16500	24500	27500	32500
Bettdecken, 1- u. 2bettig	18000	32000	49500	62000
Etamine, zirka 150 cm breit, kariert	per Meter 5800			

Stückwaren, schmal und breit, zu billigst gestellten Preisen.  
Nur günstigste Disposition und rücksichtslose Herabdrückung unserer,  
als billig längst bekannten Preise ermöglichen diesen Reklameverkauf,  
denn die offeriert. Waren sind teilweise auf Dollarstand 10000 kalkuliert.

Steppdecken in nur guten Qualität. 67200 89500 99500 108000  
Wachstuch, 100 cm breit, viele Muster, solange Vorrat pr. Meter 9000  
Tischdecken, Divandeecken, Läuferstoffe äußerst billig!

**Sächsisch. Gardinen- u. Einrichtungs-Haus**  
nur Neukölln, Hermannstraße 32

Fahrvergütung!

Eine  
Sensation!

Eine  
Sensation!



Der  
Dollar  
steigt

meine Preise  
bleiben  
unverändert  
billig!

## RIESEN-AUSWAHL!

Herren-Anzüge	275 000, 195 000, 135 000	85 000
Jünglings-Anzüge	145 000, 95 000	58 000
Sommer-Schlüpfer	145 000, 95 000	68 000
Gummi-Mäntel	185 000, 135 000	85 000
Hosen	45 000, 28 000, 18 000	12 500

Kauf erleichtert durch Anzahlung

# Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

**133 CHARLOTTENBURG 133**  
Wilmsdorfer Straße  
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Bei Einkauf Fahrvergütung!

Bei Einkauf Fahrvergütung!